



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction de la sécurité et de la justice DSJ
Sicherheits- und Justizdirektion SJD

Reichengasse 27, 1701 Freiburg

T +41 26 305 14 03, F +41 26 305 14 08
www.fr.ch/sjd

An die bei der Staatskanzlei
akkreditierten Medien

Freiburg, 1. September 2011

Medienmitteilung

Sperrfrist Freitag, 2. September 2011, 10.30 Uhr

Entwurf des Gesetzes über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe

Der Staatsrat hat kürzlich dem Grossen Rat einen Gesetzesentwurf über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe sowie die entsprechende Botschaft unterbreitet. Der Entwurf soll Artikel 70 der Kantonsverfassung umsetzen, der besagt: „Der Staat fördert die humanitäre Hilfe, die Entwicklungszusammenarbeit und den gerechten Handel sowie den Austausch zwischen den Völkern.“

Der Staatsrat will die Anstrengungen der Entwicklungsländer unterstützen, um die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung zu verbessern. Das neue Gesetz ermöglicht ihm, seine Handlungsgrundsätze zu festigen und das Fundament der Politik der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe zu stärken. Obwohl die internationale Zusammenarbeit primär Sache des Bundes ist, setzen sich auch immer mehr Kantone und Gemeinden im Kampf gegen Ungleichheit und Armut ein. Dieses Engagement ist Ausdruck einer Solidarität mit den weniger privilegierten Ländern. Es ist zudem ein Beitrag zur Lösung von globalen Problemen und ein Zeichen dafür, dass die grossen Entwicklungsfragen uns alle etwas angehen.

Von 2007 bis 2010 war die Staatskanzlei für die Entwicklungszusammenarbeit zuständig, Anfang 2011 hat die Sicherheits- und Justizdirektion (SJD) diese Zuständigkeit übernommen. Die humanitäre Hilfe bleibt hingegen Sache der Finanzdirektion (FIND), die für die Umsetzung der Nothilfe sorgt. So hat der Staatsrat auf Antrag der FIND 100'000 Franken für Projekte der humanitären Hilfe in beispielsweise Nova Friburgo zugesprochen.

Da die Entwicklungsarbeit eine Querschnittsaufgabe ist, sind auch weitere Direktionen in diesem Bereich aktiv. So vergibt die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport unter anderem Stipendien an ausländische Studierende, die Direktion für Soziales und Gesundheit (GSD) beteiligt sich an einem interkantonalen Projekt im Bereich der psychischen Gesundheit in Bosnien und die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (ILFD) setzt sich für Projekte in ihrem Tätigkeitsbereich ein.

Ausserdem kann durch den Gesetzesentwurf eine gesetzliche Grundlage für den Leistungsauftrag an die Organisation Solidarisches-Freiburg geschaffen werden, die seit 2001 im Kanton Freiburg tätig ist. Dieser Dachverband, der auch von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) unterstützt wird, hat seit mehreren Jahren den Auftrag, einen Grossteil der vom Kanton unterstützten Zusammenarbeitsprojekte zu betreuen.

Vernehmlassungsergebnisse

Aus der Vernehmlassung zum Vorentwurf sind zahlreiche Kommentare, Überlegungen und Vorschläge von Seiten der angehörten Direktionen, Ämter, politischen Parteien und Organisationen hervorgegangen. Der Staatsrat ist auf diese eingegangen und hat in erster Linie die folgenden Änderungen im Gesetz eingeführt:

- > Ausdrückliche Nennung des gerechten Handels und des Kaufs von zertifizierten Produkten aus gerechtem Handel;
- > Ausdrückliche Nennung von Projekten im Bildungsbereich in der Liste der Projekte, die der Kanton unterstützen kann;
- > Ergänzen, dass die kantonale Politik der Entwicklungszusammenarbeit auch zum Ziel hat, die Freiburger Bevölkerung über Entwicklungsfragen zu informieren und sie dafür zu sensibilisieren.

Kontakt

—

Erwin Jutzet, Staatsratspräsident, Sicherheits- und Justizdirektor, T +41 26 305 14 03
Claudine Godat, Generalsekretärin, T +41 26 305 14 01

Anhang: alle Dokumente sind auf der Website der SJD verfügbar

—

Gesetzesentwurf
Botschaft
Synthese der Vernehmlassungsergebnisse